

Bayr übt Kritik an Weltbank und Internationalem Währungsfonds
Utl.: 60 Jahre und kein bisschen weise =

Wien (SK) Vor 60 Jahren, am 22. Juli 1944, wurden sowohl die Weltbankgruppe als auch der Internationale Währungsfonds (IWF) im Rahmen der Konferenz von Bretton Woods gegründet. Diesen runden Geburtstag nimmt Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für Entwicklungszusammenarbeit, zum Anlass, um eine Kritik an diese beiden bedeutenden Institutionen zu richten. ****

Ursprünglich waren Weltbank und IWF nach dem zweiten Weltkrieg zum Wiederaufbau des zerstörten Europas eingerichtet worden, doch die Aufgabenfelder haben sich seither beträchtlich gewandelt. Heute sind es die so genannten Entwicklungsländer, die auf finanzielle Hilfe und Unterstützung in Form von Investitionen und Krediten angewiesen sind. Die Vergabe von Krediten oder Investitionsaufträgen ist aber seit den 90er-Jahren an ein konsolidiertes Budget, Privatisierungen und Deregulierungen gebunden. "Das sind massive Eingriffe in innerstaatliche Regelungen und bedeutet nicht selten die Zerschlagung sozialstaatlicher Einrichtungen, weil die neoliberale Gesinnung leider alles verdammt, was durch die öffentliche Hand organisiert ist - zugunsten der Bemächtigung einzelner Privaters", so Bayr gegen diesen noch immer anhaltenden Trend in der Politik.

Da hilft es auch nichts, wenn der IWF sich selbst "eine im wesentlichen sozialistische Institution" nennt - de facto ist der wirtschaftliche und soziale Status im internationalen Vergleich der von Weltbank und IWF "betreuten" Länder leider schlecht. Bayr: "Die angekündigten Verbesserungen klingen leider eher wie eine Drohung: noch mehr Bedingungen und Druck von außen. Etwa eine Reform des Arbeitsmarktes im betroffenen Land - wie bitte soll diese aussehen? Welches Erste-Welt-Land hat einen stabilen Arbeitsmarkt, dessen Konzept unbedingt verbreitet werden müsste?"

Abschließend betont Bayr die Wichtigkeit einer fortlaufenden Diskussion um Ziele, aber vor allem um Handlungsweisen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds, die vor allem durch Parlamente und NGOs getragen werden soll. (Schluss) se/mm/mp

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ
Tel.: (++43-1) 53427-275
<http://www.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***